



Bei der Kundgebung am Freitagabend auf den Heilbronner Kiliansplatz forderten Hunderte Menschen ein Ende des Krieges.

Foto: Mario Berger

Von unserem Redakteur
Simon Gajer

Die Region zeigt sich solidarisch mit der Ukraine. Gleich zwei Demonstrationen hat es am Freitag in der Heilbronner Innenstadt gegeben. Zur zweiten, organisiert von einer großen überparteilichen Initiative, kamen nach Angaben der Polizei 450 Personen. Bei Fridays for Future zuvor waren es 40 Teilnehmer gewesen. Ein Bekenntnis ist in der Region weit über Untergruppenbach hinaus zu sehen: Die Burg Stettenfels strahlt abends in den Farben der ukrainischen Nationalflagge.

Aggressor Der Kiliansplatz war am Freitagabend voller Menschen. Hunderte Teilnehmer kamen, hielten ukrainische Fahnen hoch oder Plakate mit Aufschriften wie „Sofortiger Waffenstillstand“. Eine Frau sang lautstark das Protest- und Friedenslied „We shall overcome“. Für Redner bei der zentralen Kundgebung „Solidarisch für Frieden“ war klar: „Das ist Putins Krieg“, sagte Josip Juratovic, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Gundelsheim. Die

Großes Zeichen der Solidarität

HEILBRONN Überparteiliche Initiative und Fridays for Future organisieren Demonstrationen

„Krieg ist kein Mittel der Politik, sondern ein Versagen der Politik.“

Silke Ortwein, DGB



Schon von Weitem sichtbar: Burg Stettenfels leuchtet in den Nationalfarben der Ukraine.

Foto: Christiana Kunz

Nato, sagte er, könne dort nicht eingreifen. Sonst drohe ein atomarer Krieg. Den Flüchtlingen Unterkünfte bieten und Waffen liefern, „das können wir leisten“. Isabell Huber, CDU-Landtagsabgeordnete aus Wüstenrot, sagte ebenfalls: „Russland ist Aggressor.“ Putin führe einen Angriffskrieg gegen die Zivilbevölkerung. Für Gudula Achterberg, Grünen-Landtagsabgeordnete aus Leingarten, ist Europa zusammengedrückt und zeige Solidarität. Die Staaten stünden geschlossen zusammen. In der Bundesregierung sei ein Zögern einer „Entschlossenheit gewichen“. Die Abgeordnete gehörte zu den Rednern, die sich auch solidarisch mit jenen Russen zeigten, die so mutig seien, sich Putins Regime entgegenzustellen.

In Heilbronn betonten Redner, dass Wladimir Putin den Krieg gegen die Ukraine sofort beenden müsse. Es gab aber kleine Unterschiede bei den Folgen. Pfiffe erhielt sogar der Heilbronner Linken-Stadtrat Konrad Wanner, als er darauf hinwies, dass das Budget für die Bundeswehr aufgestockt werden soll, in Heilbronn aber für soziale

Belange das Geld fehle. „Der Krieg muss gestoppt werden“, sagte er und warnte zugleich: Es dürfe aber nicht hochgerüstet werden.

Ähnlich äußerte sich Silke Ortwein, Regionsgeschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Sie sah „dauerhafte Rüstungsausgaben von über zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts kritisch“. Sie betonte: „Es darf keine militärische Aufrüstung auf Kosten von sozialen Leistungen geben.“ Es ist aber klar: Der DGB verurteile „die kriegerische Aggression Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste“, betonte Silke Ortwein. Dieser Krieg stelle „einen beispiello-

sen Angriff auf die europäische Friedensordnung dar, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert“.

Auswirkungen Mehrere Redner in Heilbronn erwarteten, dass sich der Krieg auch auf das Leben in Deutschland auswirken werde. Demokratie und Freiheit hätten ihren Preis, sagte Josip Juratovic. Den müsse man bereit sein zu tragen. Georg Heitlinger, FDP-Landtagsabgeordneter aus Eppingen, geht von „steigenden Preisen in allen Bereichen“ aus. Das wirke sich aber nicht nur in Europa aus. Ärmere Länder in Afrika könnten sich kein Getreide



Bekenntnis zur Ukraine: Die Klimaaktivisten von Fridays for Future haben gegen den Krieg in der Ukraine protestiert.

Foto: Stefanie Pfäffe

Friedensdemo

Neckarsulm demonstriert für den Frieden: Um gegen den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu protestieren und sich mit den Menschen in der Ukraine solidarisch zu zeigen, findet diesen **Samstag, 5. März, von 18 bis 19 Uhr** eine Friedensdemonstration auf dem Marktplatz Neckarsulm statt. „Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen, dass wir diesen sinnlosen Krieg verurteilen und uns für den Frieden einsetzen“, so Oberbürgermeister Steffen Hertwig. Für die Versammlung im Freien gelten die Corona-Auflagen. *red*

mehr leisten, fürchtete er. Wenn es dort zu Armut, Hunger und Toten komme, dann sei auch dafür Wladimir Putin verantwortlich.

Den Beschluss des ukrainischen Atomkraftwerks bezeichnete Peter Hawighorst („Heilbronn sagt Nein“) als ein weiteres Kriegsverbrechen dieses Kriegs. Die Attacke sei menschenverachtend und ein Angriff auf Frieden und Demokratie. Für Alfred Huber (Friedensrat) müsse Schluss sein mit Bomben und Raketen. Ihn sorgte zugleich die weitere Entwicklung auch mit Atomwaffen. Es dürfe keine neue Atombomben geben, sagte Alfred Huber. „Frieden und Abrüstung jetzt.“